

ÜBERBLICK ÜBER DEN

Parlamentarischen Maßnahmenplan für eine Welt ohne Atomwaffen

2017–2020

Der parlamentarische Maßnahmenplan für eine Welt ohne Atomwaffen zeigt auf, was Parlamente und Abgeordnete tun können, um nukleare Bedrohungen zu reduzieren, nukleare Abschreckung zu verringern, Nuklearwaffen zu verbieten und den Frieden und die Sicherheit einer Welt ohne Atomwaffen zu ermöglichen.

Der Plan wurde vom *Parlamentarischen Netzwerk für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (PNND)* in Abstimmung mit der *Interparlamentarischen Union (IPU)* erarbeitet.

Der Plan bezieht die wechselnden Sicherheitsaspekte der Nuklearstaaten, der alliierten Staaten und der nichtnuklearen Staaten mit ein, ebenso wie die den Menschen betreffenden und globalen Sicherheitsfragen. Ergänzend wird eine Reihe von Handlungsmöglichkeiten herausgearbeitet und einige Beispiele bereits abgeschlossener Aktivitäten werden dargelegt. Parlamente und Abgeordnete können auf dieser Basis selbst entscheiden, welche der Maßnahmen sie in ihrem Sicherheitsumfeld als am effektivsten und angemessensten erachten.

Der Plan basiert auf Berichten und Resolutionen der IPU aus den Jahren 2009 und 2014 zur nuklearen Abrüstung sowie auf Beratungsgesprächen der PNND in wichtigen Hauptstädten und UN-Zentren in den Jahren 2016 und 2017. Der Plan vervollständigt das *IPU/PNND Handbook for Parliamentarians on Nuclear Non-Proliferation and Disarmament* aus dem Jahr 2012 und baut gleichzeitig auch darauf auf.

DIE ROLLE DER ABGEORDNETEN

Abgeordnete und Parlamente spielen eine zentrale Rolle beim Einsatz für Abrüstung und die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Parlamente unterstützen die Umsetzung von Abkommen und internationalen Vereinbarungen durch ihren Beitrag zur Rechtsstaatlichkeit und zur Einhaltung von Verpflichtungen.

Sie unterstützen eine Gesetzgebung, die Transparenz und Rechenschaftspflicht erhöhen und schaffen damit Vertrauen, erleichtern Überprüfungsprozesse und schaffen Bedingungen, die das weitere Streben nach Abrüstung unterstützen.

Brief von Herrn **Ban Ki-moon**, UN-Generalsekretär an alle Parlamente.
März, 2010.

ARTEN PARLAMENTARISCHER AKTIONEN

- Resolutionen, Anträge und Gesetze, die vom Parlament verabschiedet werden;
- Haushaltspolitische Entscheidungen der Nuklearstaaten bezüglich ihrer Nuklearwaffenprogramme;
- Haushaltspolitische Entscheidungen aller Parlamente bezüglich der Unterstützung von Abkommen zur nuklearen Nichtverbreitung und Abrüstung sowie von Einrichtungen und Initiativen;
- Fragen, Anhörungen und Debatten in Parlamenten;
- Gedenkfeierlichkeiten im Parlament an wichtigen Tagen;
- Anhörungen, Debatten, Ausschüsse und Resolutionen in interparlamentarischen Gremien, inklusive der Interparlamentarischen Union, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, dem OSCE Parliamentary Assembly und dem Parliamentary Assembly of the Commonwealth of Independent States;
- Teilnahme an Regierungsdelegationen für Sitzungen der UN, Vertragsverhandlungen und Konferenzen zu Vertragsüberprüfungen/-Umsetzungen (wie die Überprüfungskonferenzen zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen);
- Gemeinsame Schreiben/Stellungnahmen mit Kollegen aus dem Parlament – global oder regional;
- Gemeinsame Veranstaltungen mit Zivilgesellschaftsgruppen;
- Aktionen und Werbung über soziale Medien.

Zusammenfassung der parlamentarischen Maßnahmen

1. Überprüfung der nuklearen Haltung

Abgeordnete in Nuklearstaaten und alliierten Staaten (wie die NATO) können die Überprüfung der nuklearen Haltung positiv beeinflussen, indem sie in den überarbeiteten Richtlinien die Themen Abrüstung und Reduktion der nuklearen Bedrohung priorisieren.

2. Überarbeitungsprozess des Atomwaffensperrvertrags

Abgeordnete können eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der Überprüfungskonferenzen zum Atomwaffensperrvertrag spielen, indem sie die Implementierung wichtiger Elemente aus 1995, 2000 und 2010 hervorheben. Abgeordnete können auch als Beobachter an diesen Konferenzen sowie den jährlichen Vorbereitungskonferenzen teilnehmen.

3. Vereinbarung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen

Abgeordnete aus Ländern, die die Vereinbarung unterschreiben, können die Einführung starker nationaler Umsetzungsmaßnahmen sicherstellen. Diese könnten Maßnahmen beinhalten, die über die Anforderungen der Verbotsvereinbarung hinausgehen, wie beispielsweise Verbote Atomwaffen zu transportieren oder zu finanzieren. Abgeordnete in Ländern, die die Vereinbarung nicht unterschrieben haben, können ihre Regierungen dazu auffordern, dies zu tun.

4. Ministeriale Konferenz zu nuklearer Abrüstung der UN 2018

Abgeordnete können zum Erfolg der Konferenz beitragen indem sie ihre Regierungen dazu auffordern auf höchster Ebene an der Konferenz teilzunehmen. Sie können Debatten und parlamentarische Beschlüsse zur Unterstützung initiieren und die Schlüsselmaßnahmen unterstützen, die von der Konferenz verabschiedet werden.

5. Kernwaffentests

Abgeordnete in Ländern, die dem Kernwaffenstopp-Vertrag noch nicht zugestimmt haben, können ihre Parlamente auffordern, dies zu tun. Abgeordnete können zudem sicherstellen, dass die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen genügend Ressourcen hat, um ihrer Kontrollfunktion nachzukommen und Gedenkfeiern zum internationalen Tag gegen Atomwaffentests zu organisieren und damit die Organisation zu unterstützen und Kernwaffentests auf globaler Ebene zu stoppen.

6. Begrenzung des Atomrisikos

Abgeordnete können sich dafür einsetzen, dass die Betriebsbereitschaft für die Nutzung von Kernwaffen reduziert wird, dass die Entscheidungszeit von Präsidenten in einer nuklearen Krise verlängert wird, dass im Falle des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen eine Bestätigung des Parlaments oder Kongresses notwendig ist sowie dass ein Krisen-Management und vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Nuklearstaaten etabliert werden.

7. Reduktion von Waffenarsenalen

Abgeordnete in Nuklearstaaten können die einseitige Reduktion von Waffenarsenalen vorantreiben, ebenso wie die bilateralen Verhandlungen zwischen Russland und den USA zur Reduktion von Waffenarsenalen und schließlich die P5 Verhandlungen zur Umsetzung der Zusagen vom Atomwaffensperrvertrag von 2010 zur schnellen Reduktion von nuklearen Waffenarsenalen fördern.

8. Trennen von nuklearer Abschreckung und Sicherheitsdoktrinen

Abgeordnete in Nuklearstaaten und alliierten Staaten können die Trennung von nuklearer Abschreckung und Sicherheitsdoktrinen fördern, indem sie alternative Möglichkeiten und Mechanismen herausstellen, die zur Konfliktlösung beitragen und die Sicherheit aufrechterhalten.

9. Einführung von atomwaffenfreien Zonen

Abgeordnete können die Entstehung einer Nahost-Zone unterstützen, die frei ist von Atom- und sonstigen Massenvernichtungswaffen. Möglichkeiten für atomwaffenfreie Zonen in Nordostasien, Europa und der Arktis können ebenfalls entwickelt werden.

10. Verhandlungen für eine Nuklearwaffenkonvention, Rahmenabkommen und/oder ein Paket von Abkommen

Abgeordnete können die Verhandlungen für eine Nuklearwaffenkonvention (oder ein Paket von Abkommen) in ihren Parlamenten und in inter-parlamentarische Foren vorantreiben und gemeinsame Erklärungen wie „Eine atomwaffenfreie Welt zum Wohle aller“ unterstützen. Abgeordnete können Nuklearstaaten und alliierte Staaten dazu auffordern, ein Rahmenabkommen auf der Ministerialen Konferenz zu nuklearer Abrüstung der UN zu verabschieden.

11. Ausgaben für Kernwaffen

Abgeordnete in Nuklearstaaten können dazu beitragen, dass das Budget für Atomwaffen reduziert wird. Abgeordnete in nichtnuklearen Ländern können sich dafür einsetzen, dass öffentliche Mittel sowie Gelder aus Kooperationen von Banken mit Kernwaffen-Herstellern und den zugeordneten Liefersystemen, abgezogen/desinvestiert werden.

12. Konventionelle Rüstungskontrolle

Abgeordnete werden dazu ermutigt, die Ideen und Vorschläge für konventionelle Abrüstungsmaßnahmen so zu evaluieren und weiterzuentwickeln, wie sie im Fünf-Punkte-Katalog zur nuklearen Abrüstung des UN-Generalsekretärs und im Strategic Concept for the Removal of Arms and Proliferation – einem Programm zur Abrüstung konventioneller Waffen und aller Massenvernichtungswaffen – vorgeschlagen wurden.

13. Öffentliche Bildung und Förderung

Parlamente und Abgeordnete werden dazu ermutigt, an den Tagen Gedenkfeiern zu organisieren, die sich auf nukleare Abrüstung beziehen, wie beispielsweise die Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki (6. und 9. August), der internationale Tag gegen Nuklearversuche (29. August) und der internationale Tag für die vollständige Eliminierung von Kernwaffen (26. September).

14. Die Rolle der vereinten Nationen

Abgeordnete werden ermutigt, die UNFOLD ZERO Plattform zu nutzen, auf der Initiativen der UN vorgestellt werden, die sich für nukleare Abrüstung einsetzen und auf der Informationen darüber gegeben werden, wie Abgeordnete und die Zivilgesellschaft aktiv werden können.
